

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Redaktionsadresse: Die Redaktionsadresse ist für den Abnehmer zu entnehmen. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 266

Sonnabend, den 12. November 1932

27. Jahrgang

# Regierungsverhandlungen bevorstehend

## Empfang der Parteiführer durch den Kanzler

### Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 10. Nov. Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.

### Vor den Besprechungen mit den Parteiführern

Berlin, 10. Nov. Wie in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Kanzlers beim Reichspräsidenten zu erfahren ist, werden die Besprechungen mit den Parteien um die Wochenwende beginnen. Ein genauer Termin aber steht bisher ebensowenig fest wie der Kreis der in Frage kommenden Parteien. Das ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit dem Regierungschefs der Länder beginnen morgen nachmittag zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen. Es war von vornherein nicht in Aussicht genommen, eine gemeinsame Konferenz aller Ländervertreter abzuhalten, vielmehr nur mit Bayern, Württemberg und Baden eine solche Besprechung verabredet. Dann ist noch Sachsen hinzugekommen. Die Vertreter der übrigen Länder werden, soweit sie den Wunsch haben, vom Kanzler einzeln empfangen.

### Die „Germania“ zu den kommenden Parteiführer-Besprechungen

Berlin, 11. Nov. Die „Germania“ beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit dem Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichskanzler, die Stellungnahme der Parteiführer zur Frage der Regierung der nationalen Konzentration zu sondieren. Das Blatt schreibt u. a.: Wenn sich die Mission des Reichskanzlers tatsächlich auf die Feststellung beschränken soll, ob die in Frage kommenden Parteien gewillt seien, die Regierung in der Durchführung ihres Programms zu unterstützen, dann darf man schon heute prophezeien, daß die sogenannte nationale Konzentration auch weiterhin nur die Partei des Herrn Hugenberg und ihr volksparteiliches Anhängsel umfassen wird. Anstatt mit allen Mitteln und Konsequenzen eine Vereinigung unfer politischer Atmosphäre herbeizuführen, bleibt dann die Reichsregierung in einem taktischen Versuch stehen, der nicht zum Erfolge führen kann. Denn die „nationale Konzentration“, wie sie in der Fragestellung eingeschlossen liegt, wäre schließlich nichts anderes als eine Konzentration auf die Wege und Ziele der gegenwärtigen Reichsregierung. Das deutsche Volk verlangt, daß der Reichspräsident in entscheidenden Punkten ein anderer Inhalt und andere Methoden gegeben werden. Für die Fundierung einer neuen Politik wäre auch — bis zum Beweis des Gegenteils — eine ausreichende Basis im Parlament denkbar, auf der sich eine starke, auch vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Führung aufbauen könnte. Dieser Führung den Weg freizugeben und ihr eine ausreichende Grundlage im Volke zu verschaffen, das ist der Sinn der „nationalen Konzentration“ und ist zugleich auch die Mission, die der Reichskanzler, wenn er mit den Parteien verhandeln will, erfüllen sollte. Es ist jedoch ein falscher Weg, das gegenwärtige Arbeitsprogramm der Reichsregierung mit seinen von dem ganzen Volke abgelehnten Verfassungsplänen und ihren bisherigen Methoden der Staatsführung zur Grundlage einer wirklichen nationalen Konzentration zu machen.

Gleichheit praktischer Weise nicht auf einmal erreicht werden. Ein praktisches Programm der Stappen sei notwendig. Räumlich würden gleiche Grundzüge auf die Fälle von Österreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden.

Zum Schluß erklärte Simon, das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen. Er hoffe, Ende der Woche in Genf zu sein, denn die Abrüstungskonferenz müsse so früh wie irgend möglich Gelegenheit erhalten, zu erfahren, welche Methoden und Verfahren die britische Regierung zur Ausarbeitung des französischen Planes vorschläge. Unmittelbar vor Vertagung der Regierungserklärung bemerkte Simon, es sei ihm klar darüber, daß die Deutschland auferlegten Beschränkungen die Absicht verfolgten, als Vorläufer der allgemeinen Abrüstungsbeschränkung zu dienen. Da eine Übereinkunft zwischen den Nationen der Welt für eine Herabsetzung oder Beschränkung der Abrüstungen erzwungen werde, fordere Deutschland und nach seiner — Simons — Ansicht eine natürliche Forderung, daß die Methoden der Beschränkung, die in keinem Falle angewandt worden seien oder angewandt werden würden, nicht länger von denen anderer Nationen verschieden sein sollten.

### Pressestimmen zur Erklärung Simons

Berlin, 11. November. Die gestrige Erklärung des britischen Außenministers Sir John Simon zur Gleichberechtigungsforderung wird von den meisten Blättern in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben. Wenn auch bisher erst zwei Blätter in kurzen Kommentaren zu dieser Rede Stellung nahmen, so geht doch aus den Überschriften und der Art der Wiedergabe hervor, welche Bedeutung die Presse diesen Erklärungen beimißt und wie sie sie wertet. Der „Völkischer Anzeiger“ spricht von einer beschränkten Anerkennung der Gleichberechtigung durch England. Der „Tag“ stellt keine wirkliche Verbesserung der deutschen Landesverteidigung. Die „Völkische Zeitung“ hebt die Bemerkung, „eine volle praktische Verwirklichung des Grundgedankes der Gleichberechtigung kann nicht mit einem Schlage durchgeführt werden“ hervor. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem „Frontwechsel Englands“, das „Berliner Tageblatt“ von einer vorläufigen Erklärung Simons. Der „Völkischer Anzeiger“ nennt die Rede lenkungslos.

Die „D.A.Z.“ meint, daß die Simon-Rede im großen und ganzen einen ganz bestimmten Fortschritt gegenüber der Simon-Rede bringe. Bedenklich seien die an ans gestellten neuen Forderungen. Der europäische Friedenspakt, unterstützt durch die Herrschaften Regionalpakte sei ein neues Instrument zur Sicherung des Status quo.

Die „Völkische Zeitung“ bezeichnet die eindeutige Feststellung als bedeutungsvoll, daß Großbritannien auf keinen Fall sich auf ein neues System von Verträgen einlassen wolle, die über die in Locarno übernommenen Verpflichtungen neue Bindungen an die Politik des Kontinents bringen würden. Weniger klar sei der Passus, in welchem Simon als Bedingung für jede Abmachung über einen Abrüstungsstillstand eine neue Friedensversicherung von Deutschland erwarde. Hier würden weitere Erklärungen folgen müssen, bevor man wisse, welche konkrete Form diese Versicherung des Friedenswillens seitens Deutschlands annehmen müsse, damit sie Regierung und öffentliche Meinung in England befriedige.

# England und die deutsche Gleichberechtigungsforderung

## Beschränkte Anerkennung der deutschen Forderung

London, 10. November. Im Unterhaus fand heute die mit großer Spannung erwartete außerordentliche Debatte statt. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon, erklärte zur Abrüstungsfrage, zur Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben, regte die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen zu Deutschlands Anspruch auf den Grundgedanken der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten, unter keinen Umständen zu versuchen, irgendwelche gegenwärtigen oder zukünftigen Schwierigkeiten unter sich mit Gewalt zu lösen. Gleichberechtigung, wie sie die gegenwärtige deutsche Regierung versteht oder auslegt, bedeute die Frage der erlaubten Waffen und zweitens die Frage der Reorganisation der deutschen Streitkräfte. Eine Zusammenkunft von Angehörigen zu Angehörigen sei nach wie vor nötig, um eine Grundlage zu finden, auf der Deutschland zur Konferenz in Ehren zurückkehren könne. Simon nahm dann Bezug auf den französischen Plan und die türkischen Reden Herrlots und Paul Boncourts. Der Plan stelle eine entschiedene Vermählung dar, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung zu entsprechen. In Deutschland sei der Plan so ausgelegt worden, daß die Klauseln des Versailler Vertrages nicht inkonstant seien. Der Vorschlag der Nichtangriffspakte europäischer Nationen, die wegen ihrer nächsten Nachbarschaft miteinander in hartem Maße gewissen gemeinsamen Risiken ausgesetzt seien, erfordere ihm der Zustimmung Englands würdig. Insbesondere hätte die Regierung bemerkt, daß die früheren Vorschläge nach Auffassung der englischen Regierung von England nicht verlangen, irgendwelche weiteren Verbindlichkeiten über die hinaus einzugehen, die es auf Grundlage der Weimarer Erklärung und des Locarno-Vertrages eingegangen ist. Die Bezeugung des Planes auf den Briand-Kellogg-Pakt erfordere sorgfältigste Überlegung.

Gegen Schluß seiner Ausführungen verlas Simon eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben, regt die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen zu Deutschlands Anspruch auf den Grundgedanken der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder zukünftigen Schwierigkeiten unter sich durch Rückgriff auf Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands

auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen brächte für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich. Ausgehend von der Annahme, daß eine solche Verpflichtung gegeben wird, wünsche ich ganz deutlich die Ansicht zu erklären, die die Regierung bezüglich des Weges gefaßt hat, auf dem der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung erhoben werden soll. Drei große Punkte müssen erwogen werden: 1. die Frage, ob die Beschränkung der deutschen Abrüstungen in dem gleichen Dokument ausgedrückt werden sollte wie die Beschränkung der Abrüstungen anderer Nationen. Ich glaube, daß die Beschränkung der deutschen Abrüstungen in derselben Abrüstungskonvention enthalten sein sollte. Das bedeutet, daß die Artikel in Teil V des Versailler Vertrages, die gegenwärtig Deutschlands Waffen und Streitkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt werden. Der zweite Punkt betrifft die Dauer der Konvention. Wir sind der Ansicht, daß die neu ausgeführten Beschränkungen für Deutschland die gleiche Zeit dauern sollen und den gleichen Methoden der Revision unterliegen sollen wie diejenigen anderer Länder. Es würde keine praktische Politik sein, und es würde das gegenteilige Ergebnis hervorbringen, als was manche Leute sich vorstellen, wenn irgend jemand versuchen sollte, eine dauernde Vorschrift für eine große Nation zu machen, während sie für sich selbst und ihr Volk nur eine beschränkte Periode der Wirksamkeit forderten. Der dritte Punkt betrifft das Problem der Gleichberechtigung in der Frage der Kriegsmaterialien. Deutschland hat erklärt, es habe keine Absicht, aufzurufen, sondern wünsche lediglich, daß grundsätzlich die Art der Abrüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann muß dieses Prinzip anerkannt werden. England ist bereit, seine Mitglieder der Abrüstungskonferenz darauf zu setzen, daß dieser Grundgedanke in die neue Konvention einbezogen wird. Durch welche Mittel und in welchen Stappen dieser Grundgedanke angewandt werden kann, muß Gegenstand von Aussprachen in Genf sein. Es ist absolut notwendig, daß Deutschland an diesen Diskussionen teilnimmt. In der Zwischenzeit wolle er für die Regelung folgende zwei Punkte feststellen: 1. Das Ziel der Abrüstungskonferenz sei, ein Maximum positiver Abrüstung zu erreichen, auf das man sich allgemein einigen könne und nicht im Namen der Gleichberechtigung Zunahmen in der bewaffneten Stärke zu autorisieren. Zweitens wolle die volle Verwirklichung des Grundgedankes der

### Die Länderbesprechungen in Würzburg

München, 10. Nov. Zu der gestrigen Würzburger Konferenz der Vertreter der süddeutschen Länder und Sachsens schreibt die „Bayerische Staatszeitung“, daß Würzburg als Tagungsort deshalb gewählt wurde, weil es von sämtlichen an der Konferenz beteiligten Staats- oder Regierungschefs der Länder Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Sachsen am praktischsten zu erreichen war. Das Blatt berichtet weiter, die Fühlungnahme der anwesenden Länder habe eine ausschließliche Auffklärung über die Einstellung der Länder zu den behandelten Fragen gebracht und sich als zweckmäßig erwiesen. Da die Reichsregierung von der Tagung auf privatem Wege von einem der teilnehmenden Länder vorher unterrichtet worden sei, brauche man in gewissen Berliner Blättern nicht über angebliche „süddeutsche Geheimbündnisse“ Zeter und Mordio zu schreien.

### Neue Danziger Beschwerde

Danzig, 9. Nov. Der Danziger Senat hat gegen die Verordnung des polnischen Verkehrsministeriums vom 31. Oktober, wonach ab 1. Dezember 1932 bei den Danziger Eisenbahnen die Rostschaltung eingeführt werden soll, beim hohen Kommissar des Völkerbundes, Kottling, Beschwerde eingelegt und gleichzeitig einen Antrag auf Entscheidung gestellt mit der Bitte, festzustellen, daß Polen mit dieser Verfügung eine action directe begeht. Die polnische Verfügung verstößt gegen die bestehenden danzig-polnischen Abmachungen und Völkerbundsentscheidungen und gefährdet ernstlich die danzig-polnischen Beziehungen. Was die Rechtslage betrifft, so beruft sich der Danziger Senat in seinem Antrag an den Danziger Völkerbunds-Kommissar darauf, daß die polnische Regierung mit ihrer Verfügung die Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars